„Widerstand und Opposition im Rheinland 1933-1945“

Veranstalter: Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Rheinische Landesgeschichte und das LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, Bonn
Ort: Bonn, 26.09.-27.09.2011

Seit 2009 werden in einem Forschungsprojekt des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte zahlreiche Facetten widerständigen Verhaltens im Rheinland quantitativ und qualitativ erfasst und ausgewertet. Erste Projektergebnisse wurden bei der gemeinsamen Tagung des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte und des Instituts für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Rheinische Landesgeschichte in Verbindung mit dem Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande am 26.09. und 27.09.2011 vorgestellt.

Am ersten Konferenztag standen die Mitarbeiter des Projektes und die Erörterung ihrer Ergebnisse im Mittelpunkt. Der zweite Tag behandelte in fünf Vorträgen Bedingungen und Umfeld widerständigen Verhaltens im nationalsozialistischen Rheinland. Die Verfolgungsbehörden wurden dabei ebenso beleuchtet wie Verwaltung, Kirchen, Politik und Gesellschaft. Die Diskussionsleitung übernahmen Manfred Groten (Bonn) und Helmut Rönz (Bonn). Begleitet wurde der erste Konferenztag von einer Wanderausstellung des Geschichtsorts Villa ten Hompel (Münster) zum Widerstand im Münsterland.

Nach der Begrüßung durch Manfred Groten eröffnete der Leiter des LVR-Forschungsprojektes „Widerstand im Rheinland 1933-1945“, Helmut Rönz, den ersten Tag mit einem Einführungsvortrag. Neben allgemeinen Fragen zur aktuellen Widerstandsforschung und einer Einführung in die Tagung bot dieser eine detaillierte Beschreibung der Methode und Darstellung des Projektes. Nach einem Fragenkatalog wurden Widerstandsgruppen und Einzelpersonen erfasst und nach verschiedenen Gesichtspunkten aufgearbeitet. Neben der Erfassung von Ort, Zeit, Gruppengröße oder politischer bzw. ideologischer Ausrichtung von Widerstandsgruppen wird auch nach der Motivation einzelner Personen und den Maßnahmen des Regimes gefragt. Ziel des Projektes ist eine möglichst weit reichende Erfassung von oppositionellem Verhalten und Widerstandsakten in den Grenzen der alten Rheinprovinz. Dabei geht es nicht nur um die großen Umsturzversuche oder den militärischen Widerstand, sondern auch um „den Widerstand der kleinen Leute“. Die Ergebnisse werden auch kartographisch und tabellarisch umgesetzt und sowohl im Internetportal Rheinische Geschichte als auch in einer Print-Publikation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Online-Publikation ist eine Karte mit Zoomfunktion geplant. Hier wird ähnlich wie bei Google-Maps bis auf die Ortskarte mit den einzelnen Straßenzügen gezoomt. Eingeordnet werden die Widerstandakte in ein differenziertes Gliederungssystem, das sowohl die ideologische Herkunft des Widerstands als auch dessen Form berücksichtigt. Für die Erfassung der Widerstandsformen ist ein Stufenmodell vorgesehen, dass die große Bandbreite von passiver Resistenz über nonkonformes Verhalten, situative Widersetzlichkeit bis zu offenem, organisiertem, auch gewaltsamem Widerstand umfasst. Die Widerstandskarte wird Ende 2011 unter www.rheinische-geschichte.lvr.de online gehen.

Im Anschluss stellte Ralf Forsbach (Siegburg) erste Ergebnisse aus dem Bereich des linken Widerstandes vor. Nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 und in den Folgetagen kam es nicht zu organisiertem schnellen Widerstand, Absprachen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab es nur selten. Im Rheinland kam es jedoch häufig zu spontanen Demonstrationszügen gegen die Regierung Hitlers. Die politische Empörung äußerte sich auch in Streiks oder in Protesten gegen und direkte Auseinandersetzungen mit der SA, wenn es um die Verteidigung von Gewerkschaftshäusern und Parteiquartieren ging. In der ersten Phase des NS-Regimes fanden sich vor allem im Umfeld des 1. Mai 1933 und

1934 auch immer wieder Arbeiter zusammen, um auf öffentliche Häuser kommunistische oder gegen die Nationalsozialisten gerichtete Parolen zu malen. Andernorts weigerten sich die Arbeiter, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation NSBO beizutreten oder sie verteilten Flugschriften, die gegen Hitler und das NS-Regime gerichtet waren. Linken Widerstand gab es zudem von Seiten Intellektueller. Zwar verfügten die Kommunisten auch nach der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933, welche als Grundlage zur Verfolgung der Arbeiterbewegung und der Kommunisten dienen sollte, an vielen Orten über Kader und Zellen, die weiter Anti-NS-Propaganda auf Handzetteln, Flugblättern und in Tarnschriften verbreiteten. Die Aktionen kamen aber meist im Laufe des Jahres 1934, spätestens 1936 zum Erliegen. Mittlerweile hatte die Propaganda der Nationalsozialisten Erfolge gezeigt und das Verfolgungssystem hatte sich weiter entwickelt. Neben Sondergerichten arbeitete seit April 1934 der neu eingerichtete „Volksgerichtshof“, der die politischen Gegner schnell verurteilte. Ein regimegefährdendes Widerstandsnetz entstand nicht, da sich Kommunisten und Sozialdemokraten nicht zu einer gemeinsamen Volksfrontpolitik gegen Hitler einigen konnten. Aus den kleineren Gruppierungen wie der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP, SAPD), dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) oder dem im Mai 1933 verbotenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund handelten nur einzelne Mitglieder widerständig und nicht die ganze Organisation. Mutige Widerstandsakte wurden nach 1934 bis Kriegsbeginn seltener. Erst mit dem Angriff auf die Sowjetunion wurde der kommunistische Widerstand im Rheinland wieder aktiver. Aufgrund der schwierigen Situation waren es meist Einzelaktionen wie Sabotageakte, das Verteilen von Flugschriften oder Fluchthilfe für Kriegsgefangene, durch die sich während des Krieges der linke Widerstand zeigte. Verbindungen zu den großen linken Widerstandsgruppen lassen sich für das Rheinland weniger ausmachen, Verbindungen zur roten Kapelle scheinen konstruiert.

Der Kölner Kirchenhistoriker Hermann-Josef Scheidgen ist im LVR-Widerstandsprojekt für den religiös motivierten und „kirchlichen“ Widerstand zuständig. Er referierte über erste Teilergebnisse seiner Forschung, die er in Form eines Werkstattberichtes vortrug. Er beschränkte sich dabei auf die Vorstellung einzelner, aussagekräftiger Fallbeispiele, die jeweils für die verschiedenen Typen des kirchlichen Widerstands stehen. Scheidgen arbeitete die ideologischen Zentren der Bekennenden Kirche ebenso heraus wie die Bedeutung der kirchlichen Jugendbünde für den Kampf mit einem Regime, das sich schon frühzeitig nach Unterzeichnung des Reichskonkordats wenig vertragstreu verhielt.

Als letztes stellte Ansgar Klein (Königswinter) die bisherigen Ergebnisse seiner Projektarbeit vor. Zuständig für den Bereich bürgerlicher Widerstand, Alltagswiderstand, militärischer und Retterwiderstand sowie Jugendopposition, skizzierte er neben einzelnen exemplarischen Beispielen auch die Probleme bei der Einordnung von Widerstands- und Oppositionsakten. Daneben zeigte er auf, das es auch im Rheinland Vernetzungen einzelner Widerstandsgruppen untereinander gab, wie z.B. jene des Kölner Kreises mit dem Kreisauer Kreis, dem Goerdeler Kreis oder mit bestimmten Teilen der militärischen Opposition. Ausführlich schilderte er auch die Entwicklung von Begriffen des Widerstandes am Beispiel von „Retterwiderstand“. Lange Zeit in der Forschung wenig beachtet, waren Helfer und Retter auch nach 1945 lange Zeit Außenseiter. Der Begriff bezeichnet die Rettung eines Menschen vor Verfolgung in Verbindung mit Widerstand, doch erst seit 2003 wird der Begriff auch allgemein in der Forschung angewandt. Vorher sprach man eher von „Gerechten unter den Völkern“ oder „Stillen Helden“. Wie viele dieser Retter und Helfer es tatsächlich gegeben hat, lässt sich wohl nicht gänzlich nachverfolgen. Und auch die Motivation der Rettungstat hat mit Sicherheit viele Facetten, die von Mitleid bis zu persönlicher Bereicherung reichen konnten und hinterfragt werden müssen. So kann nicht jeder Schleuser, der einen Juden über die Grenze schmuggelte, pauschal als Retter und Widerständler gesehen werden. Zahlreiche Juden fanden jedoch Hilfe bei Freunden und Bekannten, indem sie versteckt und in den harten Kriegsjahren mit Lebensmitteln versorgt wurden. Nicht selten waren an solchen Aktionen mehrere Personen oder Familien beteiligt, wie das Beispiel der jüdischen Familie

Bernauer zeigt, die durch das mutige Handeln der Käthe Overath zuerst aus dem Sammellager befreit und dann mit Hilfe von Familie und Freunden bis zum Ende des Krieges die nationalsozialistische Herrschaft überleben konnte. Bürgerliche und liberale Opposition war im Rheinland seltener zu finden. Vor allem handelte es sich um intellektuelle Zirkel an den rheinischen Universitäten und in den Großstädten, die sich konstituierten und widerständig verhielten. Möglichkeiten der Verweigerung ergaben sich auch im Alltag. So wurde der Hitlergruß oder der Eintritt in die Partei ebenso wie die Teilnahme an Festen und Versammlungen verweigert. Ausländische Sender wurden abgehört, Juden oder Kriegsgefangenen wurde häufig spontan Essen gegeben. Jugendliche organisierten sich in Gruppen wie den Edelweißpiraten. Der alltägliche Widerstand hatte viele Facetten und reichte von Dissens über Verweigerung bis zu öffentlichem Protest. In einem Staat, in dem alles reglementiert war, konnten aber bereits kleinere Unmutsäußerungen schwere Konsequenzen nach sich ziehen. Und nicht selten stammten die Denunziationen von Bekannten oder Nachbarn.

Den ersten Tag beendete Michael Kißener (Mainz). Nach einer Einführung in die aktuelle Widerstandsforschung ging er der Frage nach, wie und ob man überhaupt von „katholischem“ Widerstand reden kann und ob man eine Region aufgrund der Milieuzusammensetzung überhaupt widerständiger als eine andere nennen darf. Dabei kam er zu dem Schluss, dass nicht grundsätzlich von einer Milieuresistenz ausgegangen werden kann. Zwar war es für die NSDAP in katholisch dominierten Regionen durchaus schwerer, gute Wahlergebnisse zu erzielen. Tatsächlich stand die katholische Kirche in einem durchaus ambivalenten Verhältnis zum Nationalsozialismus. Es umfasste auch hoffnungsvolle und freudige Anpassung sowie traditionelle Treue zur Obrigkeit. Der grundsätzliche weltanschauliche Dissens, der so manch einen Katholiken „Abstand“ halten ließ (Konrad Repgen), blieb jedoch bestehen. Eine grundsätzliche Ablehnung des Nationalsozialsozialismus hat es jedoch von Seiten der katholischen Kirche nicht gegeben. Zahlreiche Streitigkeiten zwischen katholischer Kirche und den Nationalsozialisten entzündeten sich an der Frage nach den eigenen Freiheiten und Kompetenzen, was jedoch nicht stets mit widerständigem Handeln gleichzusetzen ist. Häufig waren diese Konflikte jedoch Nährboden für tatsächliche Widerstandsakte im katholischen Milieu. Aus einem Streit um die eigenen Kompetenzen konnte sich eine grundsätzliche oppositionelle Haltung gegenüber dem NS-Regime entwickeln. Für eine solche Entwicklung war aber nicht allein der katholische Glaube ausschlaggebend, sondern ein ganzes Bündel von Ursachen. Die einfache Formel katholisches Rheinland = widerständiges Rheinland kann daher nicht stehen bleiben. Die Fiktion vom katholischen Rheinland, das, weil es katholisch war, eben nie nationalsozialistisch gewesen sei, war nichts weiter als eine Wunschvorstellung aus der Nachkriegszeit, als man nach einem Fundament suchte, das den neuen Staat zu tragen im Stande war. Sie passte auch mit der Erfahrung vieler Menschen überein, die im katholischen Milieu verhaftet waren und Wertvorstellungen bewahrt hatten, die konträr zu den neuen vom Nationalsozialismus propagierten standen und die deshalb noch gut in Erinnerung hatten, wie man sich damit mental und gesellschaftlich aus der so intensiv propagierten nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ separiert hatte. Die Eruierung und Dokumentation der zahlreichen Beispiele von Resistenz und Widersetzlichkeit hat somit nicht nur einen Eigenwert, sondern dient auch der Erforschung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, indem über die vielgestaltigen Verweigerungsakte die Grenzen der Volksgemeinschaftsideologie vermessen werden kann, selbstverständlich ergänzt durch die Erforschung von Anpassungsphänomenen. Ob die Momente der Exklusion am Ende als „Widerstand“ bezeichnet werden können oder müssen, ist dann letztlich zweitrangig.

Zu Beginn des zweiten Konferenztages fragte Thomas Roth (Köln) nach der Arbeitsweise von Polizei und Justiz in Köln. Bereits 1933 begann sich die Gestapo in Köln zu etablieren und die linke Arbeiterbewegung zu verfolgen. Schon in dieser frühen Phase gab es viele Verhaftungen, die Verfolgung verlief ab 1934 zunehmend systematischer. Die Überwachung und teilweise Verfolgung katholischer Gruppierungen (vor allem der Jugendbünde) setzte

erst später ein, nahm aber – zumindest was die Anzahl der Mitarbeiter im entsprechenden Referat anging – stetig an Bedeutung zu. Der politische Verfolgungsapparat in Köln war von Beginn an nicht nur durch uneingeschränkte Willkür, wahllosen Gewalteinsatz und stetig ausgeweitete Repressionen geprägt. Die Verfolgung oppositionellen Verhaltens durch Polizei und Justiz radikalisierte sich erst im Laufe der NS-Herrschaft zunehmend und führte dazu, dass schließlich auch kleinere Formen der Verweigerung mit immer schwereren Sanktionen bedroht wurden. Allerdings blieb die Verfolgung von Regimegegnern ein komplexes Tätigkeits- und Kräftefeld mit verschiedenen Akteuren und Kontrollstrategien, wechselnden Verfolgungskampagnen und -schwerpunkten, unterschiedlichen Adressaten und Sanktionen. Auch die Zentren der Verfolgung und Zonen abgeschwächter Repression wechselten. Massive Gewalt war mit Verfolgung, radikaler Ausschluss mit repressiver Vereinnahmung verbunden, Terror mit gesellschaftlicher Teilhabe und populärer Unterstützung.

Horst Matzerath (Erftstadt) stellte in seinem Vortrag die Verwaltung in Nationalsozialistischer Zeit in den Mittelpunkt und ging der Frage nach, ob und wo dort überhaupt Widerstand möglich war. Dabei kam er zu dem Schluss, dass es aus der Kommunalverwaltung kaum Widerstand gegen das NS-Regime gab und dort, wo Widerstand zustande kam, waren dies eher persönliche Akte oder innere Systemkonflikte zur Behauptung der Eigenständigkeit gegenüber der Regierung. In den meisten Fällen agierten die Kommunalverwaltungen willfährig. Widerstandsakte im eigentlichen Sinne sind bisher für die Stadtverwaltungen im Rheinland nicht bekannt geworden. In wenigen Fällen versuchten einzelne Personen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen, größere Widerstandsgruppen fanden sich weder bei Angestellten und Beamten noch bei Arbeitern der kommunalen Betriebe zusammen. Zwar wurden im Rahmen der Aktion Gewitter nach dem Attentat vom 20.Juli 1944 auch einige rheinische städtische Beamte in Schutzhaft genommen, doch waren dies meist Verfolgungsakte, die mit Widerstand nur wenig zu tun hatten.
In den letzten Kriegstagen kam es in einigen Fällen dazu, dass einige wenige Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen - mit hohem persönlichen Risiko - versuchten, ihre Stadt kampflos an die Alliierten zu übergeben. Aber auch diese Aktionen, die sicherlich als Widerstandshandlungen anzusehen sind, richteten sich nicht gegen das zerfallende, unglaubwürdig gewordene System, sondern zielten auf die Erhaltung zukünftiger Lebensgrundlagen. Die Diskrepanz zwischen möglichst enger Anpassung an die neuen Machthaber und den Willen möglichst viele Freiheiten zu verteidigen (kommunale Selbstverwaltung), führten auf der Ebene der Kommunalverwaltungen zwar nicht selten zu Konflikten, von Widerstandakten im eigentlichen Sinne kann dabei jedoch keine Rede sein. Diese Selbstbehauptung bedeutete nicht die Ablehnung nationalsozialistischer Prinzipien, sondern betraf den Kampf um den Erhalt der eigenen Kompetenzen.

Annette Mertens (Bonn) betrachtete das kirchliche bzw. kirchenstrukturelle Umfeld, in dem christliche Widerständler wirken mussten und befasste sich dabei beispielhaft insbesondere mit der katholischen Kirche. Das Verhältnis von Kirche und NS-Regime war nach 1933 von Ambivalenz geprägt. Zu einem widersprüchlichen Verhalten auf beiden Seiten trug die Tatsache bei, dass man zum einen aufeinander angewiesen war und andererseits unüberbrückbare ideologische Differenzen vorhanden blieben. Den Nationalsozialisten war der katholische Glaube suspekt; immerhin huldigten die Christen dem falschen Herrn und Hitler nannte das Christentum „den schwersten Schlag, den die Menschheit getroffen hatte“. Allerdings konnten sich die Nationalsozialisten eine nachhaltige Auseinandersetzung mit einem großen Bevölkerungsteil nicht leisten, was Hitler immer wieder dazu bewegte, seine obersten Kirchenkämpfer (u.a. Bormann, Himmler und Rosenberg) zu mäßigen. Die Kirche wiederrum bangte um ihre pastoralen und kirchlichen Freiheiten. So ist es nicht verwunderlich, dass das Verhältnis von Nationalsozialisten und katholischer Kirche in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen Ablehnung, dem ständigen Austarieren von Rechtsgrundlagen, sowie ersten Verfolgungen mäanderte. Während des Krieges verstärkten sich die Widersprüchlichkeiten zwischen Kirche und Staat, die Verfolgung katholischer Geistlicher wurde verschärft, Klostersturm und Verfolgungswellen machten die Hoffnung vieler Katholiken auf einen Burgfrieden mit den Nationalsozialisten

zunichte. Die Kirche beteiligte sich im Rahmen einer „antagonistischen Kooperation“ jedoch auch an der Front und in der Heimat, z.B. durch die Wehrmachtsseelsorge oder die Beschäftigung von Zwangsarbeitern, am Krieg.

Nur einzelne Bischöfe und Geistliche äußersten sich zum Thema der NS-Rassen- und Vernichtungspolitik, zu einer einheitlichen Linie der rheinischen Bischöfe gegen das NS-Regime kam es jedoch nie. Immerhin gelang es der Kirche handlungsfähig zu bleiben, auch wenn viele Kompromisse eingegangen und so manche Freiheit aufgegeben werden musste. Widerstand gegen ihre eigene Verfolgung hat sie zweifellos und nicht ohne Erfolg und Verluste geleistet. Die Aufrechterhaltung der kirchlichen Strukturen war ihre klare Priorität. Dabei gerieten oft jene Gruppen aus dem Blick, deren Verfolgung ungleich radikaler ausfiel, allen voran die Juden. Oft blieb es nur bei verbalen Protesten und Rettungstaten einzelner Katholiken. Zu sehr war die Kirche insgesamt mit sich selbst beschäftigt, um hier zu tun, wozu sie moralisch verpflichtet gewesen wäre. Ein Grund dafür sieht Mertens darin, dass die Kirche ihre eigene Kraft tendenziell unterschätzte.

Martin Schlemmer (Düsseldorf) referierte über die politische Kultur am Rhein am Abend des 30. Januar 1933. In einer Überblicksdarstellung betrachtete er die politischen Strukturen gegen Ende der Weimarer Republik und zu Beginn der NS-Herrschaft in der Rheinprovinz mit besonderem Blick auf die Positionierung der Parteien gegenüber dem allmählich erstarkenden Nationalsozialismus. Dabei wurde deutlich, dass die Wahlergebnisse in dieser Zeit auch vom sozialen und konfessionellen Hintergrund der Wähler abhingen. Zwar kann man kaum grundsätzlich von einer umfassenden Milieuresistenz gegenüber den Einflüssen des Nationalsozialismus reden, dennoch waren die Wahlkreise Köln-Aachen und Koblenz-Trier im März 1933 reichsweit die einzigen, die nicht von den Nationalsozialisten gewonnen werden konnten. Doch auch wenn die Nationalsozialisten im Rheinland während der Weimarer Republik politisch nur wenig Einfluss gewinnen konnten, so fehlte es doch an herausragenden Politikern und Parteien, die vorbehaltlos und entschieden für die Verfassung eingetreten wären. Zwar gab es Bemühungen der parlamentarischen und demokratischen Mitte- und Linksparteien, gemeinsam dem aufkommenden Nationalsozialismus entgegenzutreten, doch wurden diese durch die eigene Unentschlossenheit und Uneinigkeit erschwert oder sogar durch die Auffassung, man könne mit den Nationalsozialisten koalieren, zunichte gemacht. Zudem herrschten auch im Rheinland seit dem „Preußenschlag“ von 1932 besondere Verhältnisse, die den Aufstieg eines totalitären Systems begünstigen sollten. Nach dem „Preußenschlag“ sprach sich eine Minderheit der SPD für einen gewaltsamen Widerstand aus. Die Parteiführung wollte jedoch offene Konflikte und einen möglichen Bürgerkrieg umgehen. Wie andere Parteien auch schätzten große Teile der SPD die Situation falsch ein, die NSDAP wurde unterschätzt. Das Zentrum agierte gegenüber der politischen Konkurrenz ambivalent. Teilweise kooperierte man mit dem linken Bürgerblock, teilweise rief man, wie der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold im Jahr 1932, zur „Gründung einer Volksfront gegen den Terror von rechts und links“ auf. Doch auch in der Zentrumspartei wurde der Nationalsozialismus als „vorrübergehendes Übel“ unterschätzt. Die preußische Landtagsfraktion der DDP beziehungsweise DStP sah sich dem Aufstieg der NSDAP mehr oder weniger hilflos ausgesetzt, während sich die DVP zunehmend nach rechts orientierte. Den protestantisch-bürgerlichen Parteien wie der DNVP war es besonders schwer, sich auf dem politischen Parkett zu etablieren. Daher traten sie als „Bürgerblock“ zu den Wahlen an. Im überwiegend katholisch geprägten ländlichen Raum ebenso wie in den Städten Aachen, Trier und Essen dominierte in der Regel die Zentrumspartei, in den Großstädten dagegen die Parteien der Linken, meist KPD und SPD. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 erfolgte sukzessive die Ausschaltung der Parteien. KPD und SPD erwiesen sich als zu schwach, um starken Widerstand leisten zu können. Der Zentrumspartei fiel es aufgrund ihrer Vorstellungen von Staatstreue ohnehin schwer, Widerstand zu leisten, während sich viele der kleineren Partei wie DNVP und DVP an die Seite der NSDAP stellten.

Abschließend widmete sich Armin Nolzen (Warburg) der Entwicklung der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie angeschlossenen Verbänden in den Gauen der Rheinprovinz. Dabei konzentrierte er sich vor allem auf die Mitgliederentwicklung und die Aktivitäten der einzelnen NS-Organisationen. Bis 1933 lagen die Mitgliederzahlen der NSDAP und ihrer Gliederungen in der Rheinprovinz stets unter dem Reichsdurchschnitt. Nur Berlin hatte noch schlechtere Zahlen vorzuweisen. Erst nach der Machtergreifung stiegen durch die so genannten „Märzgefallenen“ die Mitgliederzahlen in den rheinischen Gauen an. Dabei war das Wachstum überproportional im Vergleich zu den anderen Regionen des Reiches. Das Mitgliederwachstum der Partei, ihrer Gliederungen und Verbände hielt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges an und war dynamisch.

Nach 1933 gelang es der Partei aufgrund des starken Mitgliederzuwachses, einen eigenen Verwaltungsapparat aufzubauen. Die Rekrutierung neuer Mitglieder erfolgte nicht nur unter Zwang. Nolzen wies darauf hin, dass ohne die Bereitschaft der rheinischen Bevölkerung zum Eintritt die Mitgliederentwicklung nicht ein solches Ausmaß hätte nehmen können. Der Eintritt in die Partei blieb formal freiwillig und wurde nach 1945 zum Zwang stilisiert. Die große Bereitschaft erklärt sich nicht zuletzt aus den zahlreichen Vorteilen: Die Partei bot ihren Angestellten ein regelmäßiges Einkommen sowie umfassende Fürsorge- und Versorgungsleistungen. Den ehrenamtlichen Funktionären ermöglichte sie alltägliche Machtausübung und vielfältige Formen sozialer Anerkennung. Ihren einfachen Mitgliedern ermöglichte die NSDAP fachliche Aus- und Weiterbildungen sowie Absicherung ihres eigenen Gewerbes durch öffentliche Aufträge. Hinzu kamen soziale und kulturelle Angebote.

Des Weiteren stellte Nolzen die Frage nach den Praktiken der Mitgliederwerbung der NSDAP und ihrer Organisationen. Demnach stellt er sechs Methoden der NSDAP heraus: Institutionalisierung, Gewalt (z.B. Gleichschaltung), Hilfe, Erziehung, Kontrolle und Mobilisierung. Dabei stellt er die These auf, dass es sich beim, „Dritten Reich“ um eine organisierte Gesellschaft handelte, bzw. um eine in der NSDAP organisierte Gesellschaft. Dies bedeutet auch, dass widerständiges Verhalten nach 1933 in einem Raum stattfand, der zunehmend durch die NSDAP organisiert war. Widerstand wurde so immer schwieriger und er war für immer weniger Personen eine Option, weil es der NSDAP über ihre Mitgliedermechanismen gelang, die Komplizenschaft der Bevölkerung mit dem NS-Regime aufzubauen und zu festigen.

Die Aufarbeitung des „rheinischen Widerstands“ lässt auf neue Ansätze und Fragen zur Forschung hoffen. Nicht zuletzt erfolgen durch dieses empirische Projekt eine Verbreiterung der Datenbasis und eine beispielhafte Erfassung für eine ganze Region. Die Erfassung der Fälle über Onlinekarte und Datenbank ist ein innovativer Ansatz, der nicht nur von der Forschung sondern auch von Bildungsinstitutionen, Schulen und interessierten Laien vor Ort genutzt werden kann, zugleich aber auch sicherlich noch einiges an Diskussionsstoff bieten wird. Überblicke zu allen Vorträgen werden in den Rheinischen Vierteljahrsblättern 2012, ausgewählte Vorträge im Internetportal Rheinische Geschichte veröffentlicht.

Jennifer Striewski (Bonn)